

Braunkohlentag in Bonn am 16. Mai 2002

Interindustrieller Strukturwandel in Deutschland – dargestellt an den Monitoringberichten

Bernhard Hillebrand,
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

- Kurzzusammenfassung -

Struktureller Wandel ist eine nahezu alltägliche Begleiterscheinung ökonomischer Entwicklungsprozesse. Die Ursachen hierfür sind außerordentlich vielschichtig: neben eher angebotsseitigen Einflüssen wie technischen Entwicklungen, Produkt- und Prozessinnovationen beeinflussen Veränderungen der Konsumgewohnheiten, Einkommens- und Preiseffekte die Struktur einer Volkswirtschaft. Dieser Wandel lässt sich an einer Vielzahl von Indikatoren quantitativ messen.

Im Hinblick auf die Klimaschutzklärung der deutschen Wirtschaft erweist sich eine Differenzierung des strukturellen Wandels in einen aktiven, von Unternehmen gestaltbaren Wandel und einen passiven, von anderen Einflüssen erzwungenen Wandel als nützlich. Denn die Klimaschutzklärung vom März 1996 und die aktualisierte Klimavereinbarung vom November 2000 haben zum Ziel, durch aktiven Strukturwandel einen Beitrag zur Minderung der CO₂-Emissionen zu leisten.

Wie in bislang vier Monitoring-Berichten im einzelnen dargelegt, konnten damit deutliche Minderungserfolge erzielt werden. Die Risiken eines erzwungenen strukturellen Wandels können dadurch weitgehend vermieden werden. Dies gilt nicht zwangsläufig auch für andere Instrumente der Klimaschutzpolitik: bei entsprechend ausgestalteten Ökosteuern kann dieser passive Strukturwandel sogar so dominant werden, dass der größte Teil der Emissionsminderungen aus Standortverlagerungen resultiert. Auch in einem EU-weiten Handelssystem sind Vorkehrungen notwendig, um diese unerwünschten Nebenwirkungen zu vermeiden.